



27.01.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute gedenken wir der Opfer des Holocausts. Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Wir gedenken der ermordeten Jüdinnen und Juden, der toten Sinti und Roma, der verfolgten Homosexuellen. Wir gedenken der Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt und ermordet wurden – wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Meinung oder politischen Einstellung. Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Es ist unsere Verantwortung alles dafür zu tun, dass die Würde aller Menschen und unsere freiheitliche Demokratie gegen Hass, Hetze und Angriffe vor allem von rechts verteidigt werden. Deshalb dürfen wir die Opfer des Nationalsozialismus niemals vergessen. **Damit Auschwitz nie wieder sei.**

Seit fast einem Jahr führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir stehen weiterhin fest an der Seite der Ukraine. Wir handeln dabei seit Beginn des Krieges nach unseren Grundprinzipien:

1. Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Partnern die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstverteidigung auf Grundlage des Völkerrechts.
2. Wir stimmen uns eng mit unseren Partnern in Europa und der NATO ab und unternehmen keine Alleingänge.
3. Wir und die NATO werden keine Kriegspartei.

Wir unterstützen die Ukraine mit Gesamtausgaben über 10 Milliarden Euro in vielfältiger Weise ([Eine komplette Übersicht gibt es hier](#)):

- Wir unterstützen die Ukraine durch finanzielle Mittel, damit der Staatshaushalt nicht kollabiert.
- Wir haben gegenüber Russland Sanktionen verhängt und haben damit der russischen Wirtschaft schwer geschadet. Russische Exporte sind auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren gefallen und viele internationale Konzerne haben sich aus Russland zurückgezogen.
- Mit humanitärer Hilfe sorgen wir dafür, dass die Ukraine ihre Infrastruktur aufrechterhalten kann. Russland greift häufig die kritische Infrastruktur, wie zum Beispiel Elektrizitätswerke, an. Deshalb haben wir unter anderem Stromgeneratoren und Mittel für die Instandsetzung der Elektrizität bereitgestellt.

Zeitgleich liefern wir auch Nahrungsmittel und Arzneiprodukte, um den Menschen vor Ort zu helfen.

Zudem helfen wir auch denjenigen, die zu uns nach Deutschland geflohen sind. Auch viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Privatpersonen haben gespendet, Hilfslieferungen vorangebracht und unterstützen Flüchtlinge. Allen möchte ich dafür ausdrücklich danken.

- Durch militärische Unterstützung sorgen wir dafür, dass sich die Ukraine selbst verteidigen kann. In 2022 haben wir militärische Ausrüstung und Waffensysteme im Wert von 2 Milliarden Euro geliefert. 2023 stellen wir nochmal 2,2 Milliarden Euro bereit. [Hier kann man alle militärischen Unterstützungsleistungen Deutschlands wöchentlich aktualisiert nachlesen.](#)
- Die Bundesregierung hat am Mittwoch die Entscheidung bekanntgegeben, dass insgesamt 80 (davon 14 aus dem Bestand der Bundeswehr) westliche Kampfpanzer des Typs Leopard II in die Ukraine geliefert werden. [\(Hier geht es zur Rede von Olaf Scholz\)](#) Diese gemeinsame Entscheidung der drei NATO-Partner Deutschland, Frankreich und den USA wurde über Wochen vorbereitet und geht zurück auf ein Telefonat zwischen Olaf Scholz und Joe Biden Anfang Januar. Boris Pistorius hat hierzu deutlich gemacht: Es ist eine Entscheidung, die nicht leicht zu treffen war, aber eine notwendige Entscheidung. [\(Hier geht es zu seinem Statement\)](#)

Olaf Scholz, Emmanuel Macron und Joe Biden ist damit etwas Außergewöhnliches gelungen: **Die Koalition, die der Ukraine auf Basis des Völkerrechts zur Seite steht, ist geschlossener und stärker als je zuvor.**

Leider wird der Diplomatie nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet. Aber die Wahrscheinlichkeit für einen klaren militärischen Sieg einer der beiden Seiten ist sehr gering. Die Kosten an Menschenleben sind hoch. Deshalb ist es wichtig, diplomatisch nichts unversucht zu lassen, um Putin von seinem Kurs abzubringen. Durch Druck und breite globale Bündnisse. Eine der wichtigsten diplomatischen Erfolge war Olaf Scholz' Reise nach China. Gemeinsam mit Joe Biden ist es so gelungen einen der engsten Partner Russlands zu einer klaren Haltung gegen den Einsatz von Atomwaffen zu bewegen. Das hat die Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen stark reduziert und damit andere Spielräume erweitert. **Mit dem G7-Gipfel in Elmau hat Olaf Scholz diese Allianz noch stärker gemacht. Auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos hat er der Ukraine unbefristete deutsche Unterstützung zugesagt und damit gerade jetzt ein wichtiges Zeichen gesetzt.**

Gleichzeitig ist er im ständigen Austausch mit den Staaten, die mit Abstand und ohne klare Haltung auf diesen Krieg blicken – zum Beispiel mit Indien oder afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, die uns und Russland aufgrund ihrer Historie anders wahrnehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich aus diesem Krieg wieder 2 Blöcke entwickeln. Wir setzen alles daran, mehr Bündnispartner für unsere regelbasierte und friedliche Weltordnung zu gewinnen, die keine gewaltsame Verschiebung von Grenzen zulässt.

Leider wird die öffentliche Debatte oftmals sehr eindimensional und ohne eine gewisse Tiefe und Breite geführt - allein auf die Geschwindigkeit von Waffenlieferungen fokussiert. Hinzu kommen unerträgliche Ausfälle aus der Opposition, wie der des Fuldaer Kollegen Brand, die leider auch von der CDU aus dem Lahn-Dill-Kreis unterstützt werden. Und leider gibt es sie auch aus der eigenen Koalition. Diese Form der Auseinandersetzung, in der es nur um die eigene schnelle Schlagzeile geht, schadet unserem Land - unserer Demokratie, unserem Ansehen und unserem Erfolg bei der Unterstützung der Ukraine.

Es ist ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie, wenn Menschen, die vor Waffenlieferungen und einer Eskalationsspirale warnen, [wie unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich](#), keinen Respekt mehr für diese Position

erfahren, sondern medial niedergeschrien werden. Gerade in Zeiten wie diesen brauchen wir eine sachliche Ebene auf der unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen - die es bei einem solchen Thema geben muss - ausgetragen werden können.

Ich möchte zwei Dinge klarstellen:

1. Es wird behauptet, dass Deutschland mit seiner Haltung allein dastehen würde. Richtig ist: Niemand hat sich die Entscheidung über die Panzerlieferungen leicht gemacht. Auch Frankreich und die USA haben sich diesen Schritt wohlüberlegt und wägen die Entscheidung genau ab. Zudem hat sich Joe Biden für die Führungsstärke Olaf Scholz' ausdrücklich bedankt. In einem Interview mit dem ZDF hat auch der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn deutlich gemacht, dass Deutschland keinesfalls isoliert sei, wenn die europäischen Länder beisammen säßen. Auch dass Deutschland die Koordinierungsrolle für die Lieferung der Leopard II übernimmt, verdeutlicht dies. Wer auf Polen verweist, vergisst oft zu erwähnen, dass dort gerade Wahlkampf ist, bei dem antideutsche Ressentiments eine Rolle spielen.
2. Es wird behauptet, dass Olaf Scholz zögerlich sei. **Richtig ist: Nie war es wichtiger besonnen, ruhig und abgewogen zu handeln.** Zur Verantwortung gehört auch, dass man dem Sturm der sozialen und anderen Medien standhält und die Konsequenzen jeden Schrittes genau abwägt. Auch wenn es von vielen - wie u.a. von Friedrich Merz - damals gefordert wurde: ein Gasembargo zu diesem Zeitpunkt hätte verhindert, dass wir so gut durch den Winter kommen, wie es heute der Fall ist. Unsere Wirtschaft und viele Arbeitsplätze wären in Gefahr gewesen. Dass wir so gut dastehen, ist nicht vom Himmel gefallen. In Ruhe das Ende zu bedenken, ist eine gute und wichtige Eigenschaft.

Meine Haltung, die der gesamten SPD-Bundestagsfraktion und die der Bundesregierung ist unverändert klar: Russland muss seine Angriffe einstellen, seine Truppen von ukrainischen Territorium zurückziehen und zu ernsthaften Friedensgesprächen bereit sein. Solange dies nicht geschieht, werden wir die Ukraine weiterhin finanziell, humanitär und militärisch unterstützen und alle diplomatischen Mittel für einen Frieden ausschöpfen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt